

Klimapolitik ist Zukunftspolitik

Der Klimawandel bewegt junge Menschen, sie sind aktiv, sie engagieren sich in Gruppen oder gehen auf die Straße. Hunderttausende Kinder und Jugendliche machen seit Monaten in Deutschland und weltweit durch die „Fridays for Future“-Schulstreiks Druck auf die Politik. Neu und bemerkenswert sind die Formen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das Interesse junger Menschen selbst am Klimaschutz besteht bereits seit Jahren. Viele junge Menschen sind deswegen sehr aktiv in Jugendverbänden und -organisationen in Sachen Klimapolitik. Konsequente Schutz- und Anpassungsmaßnahmen und damit eine lebenswerte Zukunft für sich und nachfolgende Generationen fordern sie bereits seit Jahrzehnten.

Klimapolitik ist Zukunftspolitik. Wie in anderen Politikfeldern ist es zwingend notwendig, junge Menschen an den politischen Entscheidungen direkt und wirkungsvoll zu beteiligen. In den Jugendverbänden stehen Politik und Verwaltung hier Jugendliche und junge Erwachsene als Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Sie vertreten demokratisch ausgehandelte Positionen und sind Teil von Strukturen, in denen nicht nur die Meinungen junger Menschen aufgenommen, sondern auch politische Prozesse gemeinsam aufbereitet und diskutiert werden.

Als Deutscher Bundesjugendring unterstützen wir das Engagement junger Menschen für eine nachhaltige Politik. Als Vertretung der jungen Generation fordern wir: Der Klimawandel muss sofort gebremst werden (<https://www.dbjr.de/artikel/den-klimawandel-sofort-bremsen-1/>). Deshalb beteiligen sich Jugendverbände vielerorts auch direkt und indirekt an den „Fridays for Future“-Schulstreiks – durch persönliche Teilnahme an den Protesten, das Bereitstellen von Räumen und Treffpunkten oder durch den inhaltlichen Austausch.

Wir kritisieren, dass der Protest der Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend ernst genommen wird. Der jungen Generation wird ihre notwendige Expertise abgesprochen. Junge Menschen wollen und können ihre Zukunft selbst gestalten. Sie übernehmen Verantwortung. Sie wollen die Politik zum Handeln bewegen. Wer die Mitwirkung junger Menschen in einem demokratischen Staat und einer demokratischen Gesellschaft in Frage stellt, beweist ein mehr als fragwürdiges Demokratieverständnis.

Die „Fridays for Future“-Schulstreiks zeigen deutlich, dass junge Menschen ihre Rechte auf der Straße einfordern und sich für mehr Beteiligung und einen gesellschaftlichen Wandel stark machen. Die junge Generation erfüllt mit dem Protest ihre Rolle: Sie ist unbequem und trägt der Politik und Gesellschaft gegenüber die eigenen Interessen und Fragen offen vor. „Fridays for Future“ steht für Selbstbestimmtheit, Selbstorganisation und Freiwilligkeit. Aufgrund unserer Werte und unserem Verständnis unterstützen wir diese Form des Protests.

Einstimmig beschlossen durch den DBJR-Vorstand am 9. Mai 2019.